

## EHEC – schlimmer als Fukushima!

Liebe Leser, wir gehen mit der Zeit. Bestimmte noch vor sechs Wochen die Katastrophe in den japanischen Atomreaktoren die Medienlandschaft, scheint dort jetzt alles wieder in Ordnung zu sein. Nein, nicht ein, nicht zwei, sondern drei Reaktoren sind explodiert und das pünktlich zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl. Welch ein Wahnsinn. In 25 Jahren zum 50. Jahrestag der ersten Atomkatastrophe werden etwa eine Million Menschen an den Folgen der Strahlung verstorben sein. Egal, jetzt haben wir EHEC. Das Kürzel steht für Enterohämorrhagische Escherichia coli diese ist ein gramnegatives Stäbchenbakterium. Es wurde bereits 1977 erstmals beschrieben und verursacht beim Menschen blutige Darmdurchfälle. Seit 2003 ist in Deutschland ein deutlicher Anstieg von Erkrankungen zu verzeichnen. Besonders in Süddeutschland waren meist Kinder unter fünf Jahren von der Krankheit betroffen. Im Jahr 2009 erkrankten in Deutschland 836 Menschen an EHEC.

Was ist jetzt anders, was ist neu? Die Erkrankungen in diesem Jahr nehmen einen besonders schweren Verlauf, Körperorgane wie die Niere werden angegriffen, ihr Versagen führt zum Tod. Was ist neu? Eigentlich nichts, egal ob

BSE, HN51, Schweinegrippe oder was sonst noch als Epidemie durch das Dorf getrieben wird, es ist immer dasselbe. Wir stellen verblüfft fest, dass extreme Haltungsbedingungen, extreme und abartige Tierernährung und eine Landwirtschaft, die zum Ziel hat, ihre Kundschaft zu entsorgen, krank machen. Zuerst die Tiere, die geben die Erreger gern an die ach doch so verwandten Warmblütler der Gattung Mensch weiter. Was wundert uns? Dass Tiermehl „wahnsinniger“ Schafe an Rinder verfüttert nicht unbedingt die Fleischqualität steigert? Hühnerkot an hungrige Schweine weitergereicht nicht jedermanns Sache ist? Gülle und Fäkalien, ausgebracht auf „Lebensmittel“, nicht nur der Stickstoffzufuhr dient, sondern Nebenwirkungen entwickeln? Wir stehen am Ende der Nahrungskette als Krone unserer Schöpfung! Woher kommt der EHEC-Erreger? Von spanischen Gurken, von Keimen aus Niedersachsen oder aus Magdeburger Mülltonnen?

Jedes Bundesland hat da seine eigene Theorie, jede Behörde ihr eigenes Herangehen. Wir können nur froh sein, dass nichts Ernstes passiert ist. Natürlich sind Menschen verstorben, dass tun sie im Straßenverkehr auch. Jeden Tag! Niemand käme auf die Idee, hierzu eine

Kommission zu bilden. Das ist normal. Genauso normal sind Lebensmittelskandale. Warum?

Wir brechen unsere Landwirtschaft auf Hartz-4-Niveau herunter, geringe Produktionskosten, geringe Preise. Der Fehler liegt im System. Wenn es nicht gelingt, eine Landwirtschaft zu etablieren, die von hochwertigen, gesunden und ökologisch hergestellten Produkten leben kann, sind die nächsten Skandale vorprogrammiert. Genauso muss es gelingen, allen Menschen im Land eine Perspektive jenseits von Hartz 4 zu gewährleisten. Ernährung ist ein hohes Gut und wie schön wäre es, wenn Lebensmittelvergifter (wenigstens) wieder geteert und gefedert durch die Stadt getrieben würden. Spätestens zur nächsten Libell-Ausgabe wird EHEC kein Thema mehr sein. Eines ist aber gewiss, die Natur wird uns weiter mit neuen Varianten von Krankheitserregern überraschen. Mein Geheimtipp ist immer eine Flasche guten schottischen Whiskey zur Desinfektion im Haus zu haben.

Meine Mutter hat immer Fleisch gekauft, egal ob BSE, HN51 oder Schweinegrippe aktuell waren. Gemüse kauft sie jetzt nicht mehr. EHEC - schlimmer als Fukushima!

Norbert Wilke

---

### Über die Zukunft des ehemaligen Bombodromgeländes

*Sichelschmiede*

> S. 3

### Walschützer bis zum Tod

*Gerhard Dilger*

> S. 5

### Erneute Stickstoffschleuder: Schweinemastanlage Haßleben

*Ernst Pries, Thomas Volperts*

> S. 6

---

### „Fluss braucht Raum + Baum“

*Dieter Lehmann*

> S. 8

### Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie

*Annemarie Kersten*

> S. 9

### Dorfbewegungen

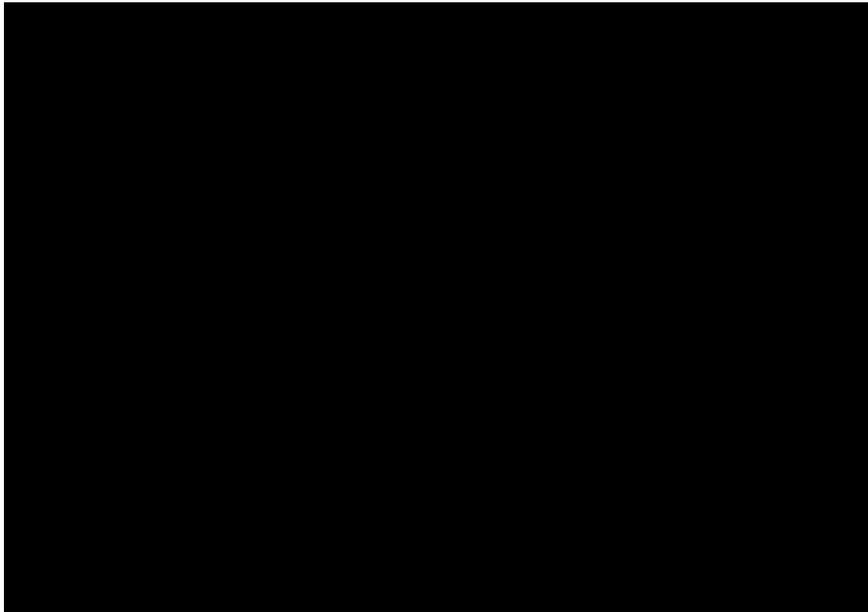
*Hans-Otto Träger*

> S. 12

---

## Herzlichen Glückwunsch Michael Succow!

*Der weltweit engagierte Umweltschützer Michael Succow wurde im April 70 Jahre alt. Anlässlich seines Geburtstages veröffentlichen wir einen kurzen Überblick über sein bisheriges Schaffen.*



Michael Succow (\* 21. April 1941 in Lüdersdorf bei Bad Freienwalde) ist ein Biologe und Agrarwissenschaftler. In zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen hat er sich insbesondere als Moor-Ökologe auch international profiliert. Vor allem seine ökologisch-hydrologische Moortypisierung gilt heute als Standardwerk der Moorkunde. Seit 1997 ist er Träger des Right Livelihood Award in Anerkennung seiner Verdienste um die Einrichtung vieler Naturschutz-Großreservate in Ostdeutschland, Osteuropa und Asien.

1960 bis 1965 studierte Succow Biologie an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, wo er bei Franz Fukarek promovierte. Danach war er vier Jahre lang Wissenschaftlicher Assistent am Botanischen Institut dieser Hochschule. Nachdem er offen mit den Reformprozessen des Prager Frühlings sympathisierte, musste er 1969 seine universitäre Laufbahn auf Druck des DDR-Regimes zunächst aufgeben. Succow arbeitete nun

als bodenkundlicher Standorterkunder und wurde später Brigadeleiter eines sogenannten Meliorationskombinats. Nach seiner Promotion 1970 mit einem moorvegetationskundlichen Thema arbeitete er mehrere Monate in der Mongolei, bevor er langjähriger Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bodenkundlichen Institut der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR wurde. 1987 wurde Succow zum Professor der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR ernannt, nachdem er sich wiederum mit einem moorkundlichen Thema habilitiert hatte.

1990 war Succow als kurzzeitiger Stellvertreter des Ministers für Natur-, Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR für Ressourcenschutz und Landnutzungsplanung verantwortlich. Am 12. September 1990 wurde auf Betreiben Succows im Ministerrat der DDR – auf dessen letzter Sitzung vor seiner Auflösung – das Nationalpark-Programm beschlossen, mit

dem sieben Prozent der Fläche der DDR als Nationalpark oder Biosphärenreservat unter strengen Naturschutz gestellt wurden.

Nach der „Wende“ 1990 nahm Michael Succow zunächst eine Gastprofessur am Institut für Ökologie der Technischen Universität Berlin an. Nach verschiedenen beratenden Tätigkeiten für das Land Brandenburg und auf internationaler Ebene – beispielsweise in Georgien mit der Initiierung von sieben Nationalparks – kam 1992 eine Berufung zum Universitätsprofessor für Geobotanik und Landschaftsökologie und Direktor des Botanischen Institutes und Botanischen Gartens der Universität Greifswald als Nachfolger seines Doktorvaters Franz Fukarek. In den Folgejahren baute er einen eigenen Studiengang „Landschaftsökologie und Naturschutz“ auf.

Daneben arbeitete Succow seit 1990 in verschiedenen Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes sowie in Zentral- und Ostasien, um dort Naturschutzgroßprojekte zu initiieren: UNESCO-Weltnaturerbe-Gebiete in Kamtschatka, im Lena-Delta und in Karelien, Biosphärenreservate der UNESCO in Kirgisistan, Kasachstan und Usbekistan sowie Nationalparke in der Mongolei, in Georgien, in Russland und Weißrussland. Nach Gründung der „Michael-Succow-Stiftung zum Schutz der Natur“, die mit dem Preisgeld für den Alternativen Nobelpreis aufgebaut wurde, unterstützte er vor allem die Republik Aserbaidschan bei der Umsetzung eines Nationalparkprogramms mit bis zu acht Reservaten.

Michael Succow bekleidet neben seiner beruflichen Arbeit zahlreiche Ehrenämter und wissenschaftliche Beiratsfunktionen in Naturschutzorganisationen und -institutionen.

Quelle und Foto Internet

# Über die Zukunft des ehemaligen Bombodromgeländes

*In den letzten Monaten gingen viele, oft widersprüchliche Meldungen über die Nutzung des ehemaligen Bombenabwurfplatzes durch die lokale Presse. Nachdem der große Kampf gewonnen ist, geht es jetzt bei der Umsetzung der zivilen Nutzung um sehr komplexe, kleinteilige Fragen, bei denen es schwer fällt den Überblick zu behalten. Wir möchten mit unserem Rundschreiben zu einem besseren Überblick beitragen und zugleich deutlich machen, warum es auch jetzt noch wichtig ist, die Sache nicht ausschließlich den Gremien und Fachleuten zu überlassen.*

## Abzug der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat am 13. Januar 2011 schon ihren Abschied gefeiert, ist aber weiterhin vor Ort – wenn auch mit immer weniger Leuten. Am 30. September 2011 werden die letzten Soldaten das Gelände verlassen. Es wird dann vom zivilen Teil der Wehrverwaltung übernommen, die beim Dienstleistungszentrum der Bundeswehr in Potsdam angesiedelt ist.

## Übernahme durch die BImA

Wann und mit welchen Modalitäten die Liegenschaft dann genau von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) übernommen wird, ist offen. Dies wird gerade zwischen dem „Verteidigungs“- und dem Finanzministerium verhandelt. Dabei geht es vor allem um Finanzfragen. Lange kann sich das allerdings nicht hinziehen, denn zum 1.1.2012 wird die BImA ohnehin im Rahmen einer Neustrukturierung Eigentümerin sämtlicher Liegenschaften des Bundes, egal von welchem Ministerium sie genutzt werden. Die Überlegungen, das Gelände an eine Naturschutzstiftung zu übergeben oder gar eine eigene BürgerInnenstiftung dafür zu gründen, haben sich nicht durchgesetzt – dafür hat sich auch niemand hier vor Ort so richtig stark gemacht. Das ehemalige Bombodrom wird in den Händen der Bundesrepublik Deutschland bleiben, im Eigentum und unter Verwal-

tung der BImA. Die Bewirtschaftung liegt dann bei der Bundesforst, einer Forstbehörde unter dem Dach der BImA, die auch bisher schon für die forstliche Bewirtschaftung zuständig war. (Die Bundesforst bewirtschaftet alle Truppenübungsplätze des Bundes.) Ein Vorteil dieser Regelung ist, dass der Bund weiterhin für das Gelände zuständig ist und nicht so schnell aus seiner Verantwortung für die Munitionsräumung entlassen wird. Ein Nachteil liegt darin, dass die BImA eben kein Naturschutzverband ist, sondern im Allgemeinen den Auftrag hat, die von ihr betreuten Flächen (das sind alle bundeseigenen Flächen, die keinem speziellen Ministerium zugeordnet sind) wirtschaftlich gewinnbringend zu nutzen oder zu verkaufen. In diesem konkreten Fall ist von Seiten des Bundesfinanzministeriums zugesagt worden, dass die Liegenschaft zusammen gehalten wird. Dennoch kann nur ein frühzeitiges, dauerhaftes und starkes Engagement aus der Region und von Seiten der Naturschutzverbände die Bedingungen dafür schaffen, dass Aspekte des Naturschutzes und des naturnahen Tourismus bei Entscheidungen ausreichend berücksichtigt werden.

Vor Ort berät weiter die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Kyritz-Ruppiner Heide (KAG) über die Zukunft des Geländes. Sie hat inzwischen eine eigene Webseite: [http://www.kyritz-ruppinerheide.de/kommunale\\_ag.php](http://www.kyritz-ruppinerheide.de/kommunale_ag.php). Die Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide hat ihre Aufnahme in dieses Gremium beantragt. Die Chancen dafür scheinen

gut zu stehen, aber noch wurde die Entscheidung nicht getroffen. Die Arbeitsgemeinschaft hat u. a. einen „Arbeitskreis Zivile Nutzung“, der öffentlich tagt. Wir waren bei der Sitzung am 31.3. erstmals dabei und werden dort in Zukunft kontinuierlich mitarbeiten; auch die Friedensinitiative ist hier aktiv. Organe der KAG sind die Mitgliederversammlung, die Geschäftsführung, die Steuerungsgruppe, Arbeitskreise und seit kurzem auch ein Kernteam. Darin arbeiten je eine Person für den Landkreis, den AK Zivile Nutzung, den Naturpark, die Dorfentwicklung und für die Ortschaften und die wirtschaftliche Entwicklung. Ziel der KAG ist es, bis Jahresende 2011 einen regionalen Konzeptansatz erarbeitet zu haben und im nächsten Jahr den Diskurs für ein tragbares Gesamtkonzept zu führen. Die KAG ist kein Entscheidungsgremium, aber ein wichtiges Koordinationsgremium der EntscheidungsträgerInnen auf lokaler bzw. regionaler Ebene. Die Kommunen haben die Planungshoheit für ihre an das ehemalige Bombodrom angrenzenden Gebiete. Darüber hinaus müssen sie bei Planungen, die den Platz selber betreffen, angehört werden, soweit sie von den Auswirkungen betroffen sein können. Eine Schwierigkeit scheint zu sein, dass der Informationsfluss von den kommunalen VertreterInnen in der KAG zur Basis und zurück nicht gut funktioniert. Sonst hätten z. B. die BasdorferInnen eher davon gewusst, dass bei ihrem Ort ein Brandschutzstreifen angelegt werden soll (s. u.). Die BImA hat im November 2010 einen

„Lenkungsausschuss zur Konversion des Truppenübungsplatzes Wittstock“ gebildet. Hier werden die Entscheidungen über den Platz selbst getroffen. Zur konkreten Planung hat die BImA fünf Arbeitskreise eingerichtet: „Sicherheit und Ordnung“, „Naturschutzfachliche Entwicklung und Wildtiermanagement“, „Wirtschaftliche Anschlussnutzung und Tourismus“, „Regionale Interessen von Behörden und Verbänden“, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“. In diesen Arbeitskreisen ist die Mitwirkung von je einer Person aus der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft vorgesehen. Interessanterweise hat sich jetzt auch die Untere Naturschutzbehörde zu Wort gemeldet und mitgeteilt, dass sie ein eigenes Konzept für die zivile Nutzung der Heide erarbeitet hat. Die UNB hat bisher in keinem der genannten Gremien mitgearbeitet. Sie wird ihr Konzept auf der nächsten Sitzung des AK Zivile Nutzung vorstellen.

## Umgang mit der Munitionsbelastung

Für den Umgang der BImA mit dem Gelände ist rechtlich ausschlaggebend, dass der Kampfmittelräumdienst des Landes Brandenburg die gesamte Fläche des ehemaligen Bombodroms als kampfmittelbelastet einstuft. Die BImA wird als zukünftige Besitzerin die Verkehrssicherungspflicht haben und muss dann dafür Sorge tragen, dass niemand einem Verletzungsrisiko ausgesetzt wird; sie könnte gar nicht von sich aus Bereiche freigeben, die sie für weniger belastet hält, sondern müsste dies zunächst nachweisen und eine Neubewertung durch den Kampfmittelräumdienst erzielen. Da ein Waldbesitzer den Zugang zum Wald nicht einfach so verbieten kann, kommt hier der Landkreis ins Spiel: Er bereitet eine Sperrverordnung vor, die am 1.10. in Kraft treten soll. Im Entwurf für diese Verordnung ist vorgesehen, dass das Betreten des gesamten Geländes verboten ist. Bei Zuwiderhandlung droht ein Bußgeld von bis zu 1.000 Euro. (Hierbei ist zu berücksichtigen, dass dies der rechtliche Höchststrafen ist. Ein konkret verhängtes Bußgeld muss verhältnismäßig in Bezug auf die konkrete Tat sein.) Nur MitarbeiterInnen von Forst- und Naturschutzbehörden,

der BImA, der Bundeswehr und Polizei sowie der für Gefahrenabwehr zuständigen Behörden sollen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung das Gelände betreten dürfen. In begründeten Einzelfällen soll darüber hinaus der Landrat Ausnahmegenehmigungen erteilen können, mit Zustimmung der BImA und des Kampfmittelbeseitigungsdienstes. Um Wege für die Öffentlichkeit freizugeben, müsste zunächst ein entsprechender Antrag an die BImA gestellt werden. Wenn Untersuchungen ergeben haben, dass auf der entsprechenden Fläche keine Gefährdung durch Munitionsbelastung besteht, und dies durch den Kampfmittelräumdienst bestätigt ist, könnte die BImA dann beim Landkreis die Freigabe beantragen. Die BImA plant, einen eigenen Kampfmittelexperten zu beschäftigen, um entsprechende Nachweise führen zu können. Das werde aber Zeit brauchen, so Herr Entrup (BImA) auf der Sitzung des AK Zivile Nutzung. Auf jeden Fall sind hier erstmal die Ortsbeiräte der Anliegerorte gefragt: Solange sie keine entsprechenden Anträge stellen, wird gar nichts passieren. Die KAG hat eine Umfrage bei den Anrainergemeinden durchführen lassen, welche Ziele, Wünsche und Ideen zur Zivilen Nutzung der Heide vorhanden sind.

## Das „Strategische Handlungskonzept“

Im Januar hat der Ex-Landrat Christian Gilde in einem Interview mit dem Ruppiner Anzeiger gesagt: „Mitte Februar wird die Oberfinanzdirektion Hannover, die für die gesamten Bundesflächen eine Leitfunktion hat, ein wichtiges Gutachten vorlegen. Dann sieht man genauer, welche Flächen schwer, mittel und schwach belastet sind. Das wird präziser sein als alles, was bislang bekannt ist.“ Diese Erwartung erfüllt das „Handlungskonzept“, das am 30. März im Rahmen einer Konferenz vorgestellt wurde, ganz offensichtlich nicht. Es ist kein neues Gutachten, sondern eine Zusammenfassung und Bewertung der vorhandenen Informationen zur Munitionsbelastung, mit einer Empfehlung für das weitere Vorgehen. Lückenhafte Grundlagen für das „Handlungskonzept“ sind sowohl historische Informationen über die Nutzung des Platzes als auch Daten aus den bisher

durchgeführten Munitionsräumungen (auf Testfeldern und Flächen die die Bundeswehr nutzen wollte). Meinhard Voigt, Kampfmittelexperte und Mitglied im „Arbeitskreis Zivile Nutzung“, weist in einer schriftlichen Stellungnahme u. a. darauf hin, dass die sehr detaillierten Informationen, wo die verschiedenen Testfelder genau liegen und was auf ihnen jeweils gefunden wurde, nicht in die Betrachtung eingeflossen sind. Ihm fehlen auch Angaben über die Frage, ob bei den gefundenen Kampfmitteln mit einer Selbstdetonation bzw. Detonation durch äußere Einwirkungen zu rechnen gewesen wäre, sprich, ob sie eine Gefährdung für Menschen dargestellt hätten, die sich im Gelände bewegen. (Dies wäre aber Standard, wie wir der „Arbeitshilfe Kampfmittelräumung“ unter [www.ah-kmr.de](http://www.ah-kmr.de) entnommen haben.) Historische Fakten über die Nutzung seien für den großen Zeitraum von 1955-1985, für den keine Unterlagen vorliegen, gar nicht betrachtet worden. Auf dieser Grundlage sei keine brauchbare Gefahrenabschätzung zu machen. Rainer Entrup von der BImA hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass für die erste, den ganzen Platz umfassende Testfelduntersuchung im Jahr 2001 kaum Unterlagen zu finden sind; die genaue Dokumentation ist verschollen und wird derzeit gesucht. Die zweite Testfeldberäumung 2003-2004 ist gut dokumentiert, wurde aber nach Kriterien der Bundeswehr durchgeführt, d. h. vor allem in zentral gelegenen Gebieten, die die Bundeswehr nutzen wollte. Dadurch sind die geringer munitionsbelasteten Flächen in den Randbereichen erstens unterrepräsentiert, so dass das Bild einer stärkeren durchschnittlichen Belastung entsteht; zweitens, ist es dadurch für diese Bereiche schwieriger, klare Aussagen über den Belastungsgrad zu treffen.

Quelle:

Sichelschmiede  
Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-  
Ruppiner Heide  
Dorfstr. 40  
16837 Zempow  
Tel. 033923-715071  
[www.sichelschmiede.org](http://www.sichelschmiede.org)

# Autobahn-Katastrophe bei Rostock steht im Kontext von Klimawandel und falscher Landnutzung

Mit Bestürzung hat der Beirat des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) die Meldung über den Sandsturm am Freitag, 8. April 2011, in Mecklenburg-Vorpommern und die dadurch ausgelöste Massenkarambolage mit acht Todesopfern und über 100 Verletzten zur Kenntnis genommen.

Der verheerende Sandsturm südlich von Rostock darf nicht nur als eine Verkettung unglücklicher klimatischer und lokaler Ereignisse interpretiert werden, denn Frühjahrsstürme sind zwar ein bekanntes Phänomen, Sandstürme in Mitteleuropa aber in erster Linie die Folge falscher Landnutzung und keine Naturkatastrophen. Sie stehen im Zusammenhang mit:

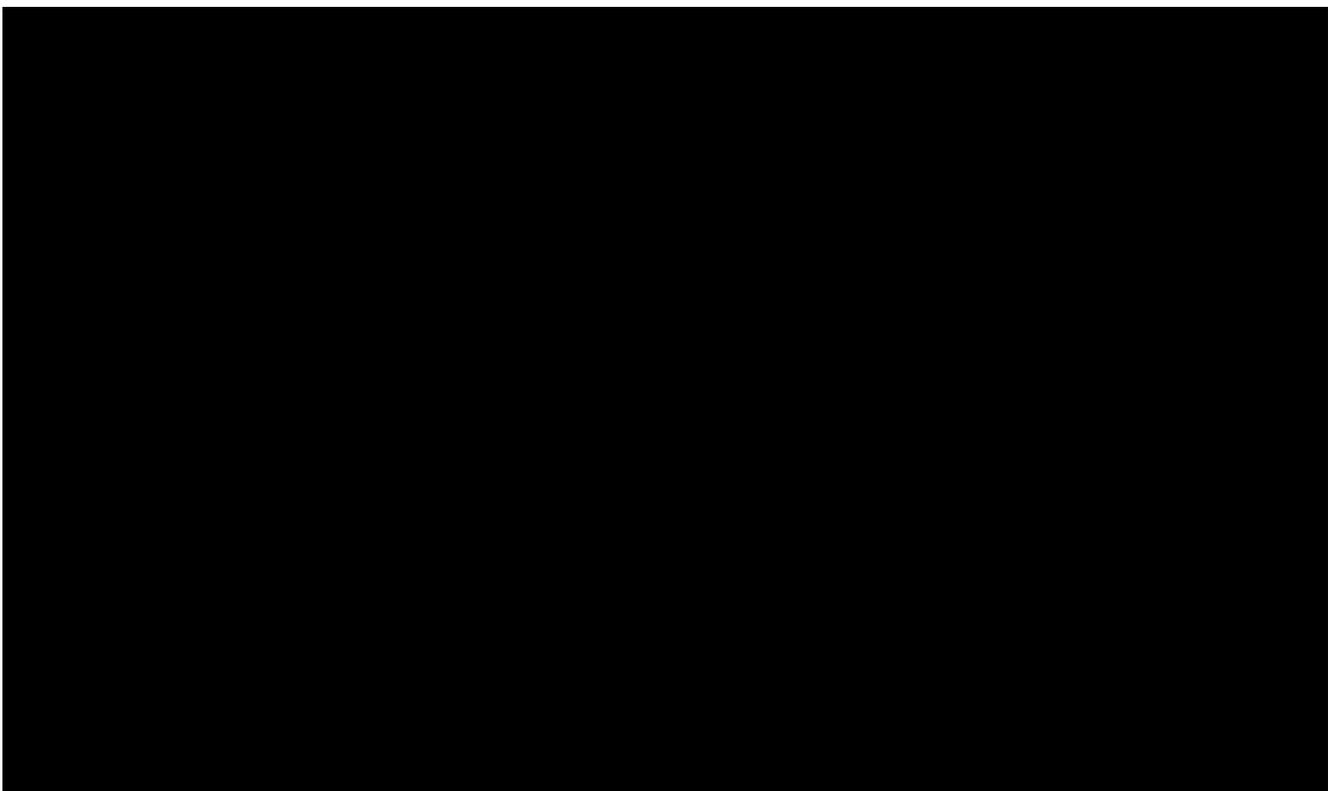
- **mangelhafter Humuswirtschaft und zerstörter Bodenstruktur,**
- **fortschreitender Monokultur durch falsche wirtschaftliche Anreize,**
- **pauschalen Agrarsubventionen ohne ausreichende Bindung an Standortbedingungen und landschaftliche Eigenarten.**

Der BDLA weist darauf hin, dass Wissenschaft und Praxis dies seit Jahrzehnten darlegen und voraussagen. So existiert bspw. das Instrument der Landschaftsplanung, in der winderosionsgefährdete Flächen identifiziert und geeignete Landnutzungen, die eine dauerhafte Bodendeckung gewährleisten, bestimmt werden. Diese Vorsorgeplanung wird aber von der Politik nicht entsprechend

aufgegriffen, der gesetzliche Auftrag von der Verwaltung häufig nur unzureichend wahrgenommen. Erforderlich ist eine verantwortungsvolle, nachhaltige Landnutzungs- und konzeptionelle Vorsorge. Die Agrarpolitik muss in der gesamten Fläche effektive Anreize schaffen für eine landwirtschaftliche Praxis, die sich auf die Umwelt nicht negativ, sondern förderlich auswirkt. Die Bindung von Agrarsubventionen an klare landschaftsbezogene Ziele ist überfällig und muss Richtschnur für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sein.

**Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA)**

## Waldschützer bis zum Tod



## Erneute Stickstoffschleuder: Schweineanlage Haßleben

Von 1978 bis zum Frühjahr 1991 wurden hier durchschnittlich 136.000 Schweine pro Jahr gezüchtet und gemästet. Schwere Umweltschäden waren die Folge. Umfangreiche Untersuchungen aus den Jahren 1992 / 93 ergaben, dass sich z. B. sich auf 80 % der Gülleausbringungsflächen jährliche Stickstoffüberschüsse von 200 bis über 500 kg/Hektar/Jahr angesammelt hatten, nachgewiesen bis 5

Investor van Gennip und der Genehmigungsbehörde des Landesumweltamtes Brandenburg.

Das Projekt sollte möglichst reibungslos durch die noch bestehenden gesetzlichen Hindernisse getrickst werden. Die zur öffentlichen Auslegung gelangten Unterlagen waren so unvollständig und mangelhaft, dass sie gar nicht ausgelegt werden dürfen. Aber man hatte nicht

Nährstoffe durch die Pflanzen aufgenommen. Ebenso fehlen die Nährstoffausträge über Drainagen, die wie 1992 / 93 nachgewiesen wurde, in den Gewässern landen. Die z. T. hochkonzentrierten Stoffanreicherungen unterhalb der Ackerkrume, besonders gefährlich für Grundwasser und Gewässer, werden ebenfalls ignoriert (nachgewiesene Altlasten der früheren Mastanlage). Das gleiche gilt für die Ver-

m Tiefe. Das sind die bisher höchsten in Deutschland ermittelten Werte. Ähnlich verhält es sich mit dem schwer verlagerten Phosphor. Heute tut man so, als ob alle diese Langzeitbelastungen nicht mehr existieren, ohne den Beweis dafür anzutreten. Nun soll hier erneut eine riesige Schweineanlage mit ursprünglich über 85.000, jetzt fast 68.000 Tierplätzen entstehen.

Abgesehen davon, dass schon 1974/75 die DDR-Wasserwirtschaft den Standort als ungeeignet für eine Massentierhaltung ablehnte, offenbart sich von Anfang an im ganzen Verfahren zur 85.000 – Schweineanlage ein Einvernehmen zwischen dem

mit fundiertem fachlichen Widerstand gerechnet, obwohl er sich bereits an Hand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse im Vorverfahren abzeichnete.

Die öffentliche Anhörung im Herbst 2005 sollte für 1200 Einwendungen vier Tage dauern, wurde dann auf 16 Tage erweitert und musste nach 11 Tagen abgebrochen werden, weil viele entscheidende Unterlagen einfach zu offensichtlich falsch und fehlerhaft waren, z. B. der Nachweis der Nährstoffverwertung durch die Ausbringung der Biogasgülle. Die dabei hauptsächlich entstehenden Emissionen und Austräge fehlen generell noch heute! Man tut so, als würden fast alle

gleichsuntersuchungen der Waldböden nach 20-30 Jahren, die überwiegend eine Stickstoffsättigung bzw. Übersättigung derselben zeigen.

Um trotz der Größe der Anlage ein Raumordnungsverfahren zu vermeiden, wurde die Anlage zum Innenbereich des Dorfes Hassleben gerechnet. Damit reduzierte sich der Untersuchungsradius von etwa 5 km auf 1,25 km. So berührt er nur ein europäisches Fauna – Flora – Habitat - Schutzgebiet (FFH) statt sechs FFH-Gebiete. Durch die massiven Folgen der Biogasgülleausbringung werden jedoch insgesamt 14 FFH – Gebiete bzw. deren Teile beeinträchtigt.

Völlig unbrauchbare Waldgutachten im Auftrage des Investors weisen Stickstoffmangel nach, obwohl an fast allen Aufnahmeflächen die typischen Stickstoffanzeiger Brennnessel und Holunder wachsen! Dazu erklärt später der Rechtsanwalt des Investors, Prof. Dombert, dass die Ergebnisse von Waldgutachten und deren Bewertung nicht interessieren, da sich rein formal durch einen Erlass des Landes Brandenburg die Bewertungsgrundlage geändert habe.

Ein Länderarbeitskreis Immissionen (LAI) hat zur Vereinfachung von Genehmigungen drei Jahre getagt und einen Bericht herausgebracht, nach dessen Kriterien fast jede große Tierhaltungsanlage genehmigt werden kann. Dazu wurden z. B. unlogischerweise die kritischen Werte (Critical loads) für die sogenannten Produktionsfunktionen, also auch im Wirtschaftswald, verdoppelt bis verdreifacht, nicht, wie betont wird, aus ökologisch-wissenschaftlicher, sondern aus pragmatischer Sicht.

Das ist ein klarer Aufruf zum Gesetzesbruch, denn der Zustand der Wälder ist nachhaltig zu erhalten bzw. zu verbessern (Wald- und Naturschutzgesetz)!

Bei der Ausbreitung des Ammoniaks direkt aus der Anlage ist die Stickstoff-Niederschlagsmenge (Deposition) selbst nach der problematischen Formel des LAI-Berichts mindestens vier x höher als sie der Investor im Projekt angibt. Die Depositionen aus der Biogasgülleausbringung sind dabei ohnehin, wie bereits dargelegt, nicht mitgerechnet. Ihre Emissionen eingeschlossen, gehen etwa 25 % des in der Anlage vorhandenen Stickstoffs kaum kontrollierbar in die Luft. Das trifft vor allem den bereits stickstoffgesättigten Wald, den Ort Haßleben/Kuhz und die FFH-Schutzgebiete. Nun reduziert der Investor Mastschweine von 52.800 auf 35.200 und gibt an, Verbesserungen in der Abluft vorzunehmen. Obwohl dadurch trotz angeblicher 70-80 % Ammoniakzurückhaltung täglich noch 100-150 kg des extrem hydrophilen Ammoniaks aus der Anlage entweichen, sollen sich im 600-700 m entfernten Wald in der Hauptwindrichtung nur noch 4-6 kg Stickstoff pro Hektar und Jahr niederschlagen! Real muß hier jedoch in nassen Jahren bei vorherrschend feuchter Witterung mit zusätzlichen Stickstoffdepositionen von 40-100 kg Stickstoff/ha/a gerechnet werden.

Dazu kommt eine heute durchschnittliche waldtypische Belastung von 30 kg Stickstoff/ha/a. Bei trockener Witterung steigt das Ammoniak auf, es ist leichter als Luft, und wird z. T. als Ammonium über weite Entfernungen transportiert. Vor allem die höher gelegenen Wälder filtern dann mittels ihrer Verdunstungsfeuchte besonders viel Stickstoff aus der Luft.

Ein weiteres Problem ist, dass ein Teil des Ammoniaks im Biofilter der Abluftanlagen in Stickoxide, u. a. in Lachgas umgewandelt wird, diese aber nicht im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Lachgas ist 300fach klimaschädlicher als Kohlendioxid.

Ein Pflanzenklärbecken soll das belastete Regenwasser aus dem Bereich der Schweineanlage reinigen. Sein Standort ist hochgradig phosphorüberlastet, mit Fließrichtung in den nahe gelegenen FFH-geschützten Kuhzer See.

Die Dächer der Schweineanlage wurden mit Solaranlagen versehen, wenigstens dies eine positive Maßnahme. Lokale Politiker, vor allem der Linken und der CDU, setzen sich nun vehement dafür ein, dass bald Schweine unter diesen Dächern eingestallt werden. Ansonsten werden im Projekt Haßleben laufend Teile überarbeitet. Sie beinhalten meist nur Scheinlösungen und ignorieren die eigentlichen Probleme weiter. Der Zusammenhang mit den 2005 ausgelegten und erörterten Unterlagen ist für die Öffentlichkeit nicht mehr nachvollziehbar.

Bestimmte Maßgaben der Landesplanungsstelle Berlin-Brandenburg, z. B. die Darlegung der Entwässerungssysteme auf den Begüllungsflächen, wurden bis heute nicht erbracht und nachträglich zur „Kann-Bestimmung“ erklärt.

Dass eine Industrialisierung der Produktion allgemein viele Arbeitsplätze vernichtet, gilt auch für die Schweinemast. So haben 2003/2004 allein 12 % der deutschen Schweinemäster (etwa 13.000 Landwirte) aufgeben müssen, parallel zum Aufbau großer Mastanlagen. Im Jahr 2008 waren es erneut 16 %. Zudem handelt es sich bei den versprochenen 50 Arbeitsplätzen für Haßleben meist um Billiglohn- und Teilzeitarbeitsplätze.

Die Diskrepanz zwischen Tierschutzgesetzen und einer wirklich artgerechten Tierhaltung, die diesen Namen verdient, wird besonders dadurch offensichtlich, dass gesetzlich einem Mastschwein bis

110 kg Gewicht nur ein Lebensraum von 0,75 m<sup>2</sup> zusteht! Tierschutz als Verfassungsauftrag ist hier nur eine Farce.

Dass den Investor van Gennip und seinen Berater Dr. Rehmann die ganze Umweltproblematik überhaupt nicht interessiert, zeigt u. a. ihr Verhalten in der Altmark. In 7 km Entfernung von der 65.000-Schweineanlage Sandbeien-dorf will er bei Mahlwinkel noch 85.000 Schweine-Tierplätze schaffen, praktisch 150.000 auf einem Platz. Das Landgericht Magdeburg bestätigte jetzt die Verurteilung des Dr. Rehmann wegen versuchter Bestechung im Zusammenhang mit der Anlage Mahlwinkel. Er ging aber erneut in Berufung.

Infolge der niedrigen Schweinefleischpreise bei 100.000 t nicht absetzbarer Lagerhaltung in der EU zahlte diese bis August 2008 eine Exportprämie von 31 EUR pro 100 kg Fleisch. Bei nur 2,5 Durchgängen mit jetzt 35.000 Mast-schweinen hätte van Gennip mindestens 2,3 Millionen EURO zusätzliche Exportprämie bekommen, da interessieren keine alten Umweltlasten und ihre zukünftige Potenzierung! Dieses subventionierte Schweinefleisch wurde z. B. in Afrika so billig angeboten, dass die einheimischen Landwirte mit ihren großen Familien Pleite gingen. Die Presse hat ausführlich darüber berichtet.

Die z. Z. steigenden Preise für Exportfleisch erübrigen vorerst solche Subventionen. Große Schweine- und Hähnchenanlagen schießen deshalb weiter, vor allem in Ostdeutschland, wie Pilze aus dem Boden. Lieferverträge sind vor kurzem mit China abgeschlossen worden, für Japan, Südafrika und Südkorea werden sie vorbereitet! Hohe Weltmarktpreise bieten also den Anreiz, immer mehr zu produzieren, möglichst mit importierten Futter. Fleisch läßt sich z. Z. besser als Maschinen exportieren.

Die verheerenden Folgen für die Länder, in die exportiert wird, bleiben gleich, auch für unser Land, wo dieser Überschuss hergestellt wird. Dort wie hier verdrängt das industriell erzeugte Billigfleisch einheimische Landwirte. Die Auswirkungen der immensen Umweltbelastungen und der Arbeitsplatzverluste im bäuerlichen Bereich hierzulande bezahlen wir alle früher oder später!

**Ernst Pries, Thomas Volperts**

## Bürgerinitiative „Fluss braucht Raum + Baum“

„Konzert für einen Baum“ - ein voller Erfolg!

Trotz unangenehmer Windböen waren am 29. Mai über 150 Zuhörer auf den Deich der Schwarzen Elster bei Uebigau-München gekommen. Sie erfreuten sich an den schwungvoll vortragenen Melodien des Falkenberger Jugendblasorchesters. Über den oft vergessenen Wert von Bäumen in unserer heimatlichen Natur sprach Frau Kerstin Höpner-Miech, evangelische Pfarrerin in Mühlberg, eindringliche Worte. Dazu wurden verschiedene diesbezügliche Gedichte rezitiert. Inzwischen hat auf unsere Anzeige gegen die erfolgten Baumfällungen Landrat Christian Jaschinski in einem zweiseitigen Schreiben vom 04.05.2011 geantwortet. Er bezieht sich darin nur auf jene Bäume, die während des Hochwassers im September/Oktober 2010 im „Rahmen der Katastrophenlage im Landkreis E-E. gefällt wurden“. Er beruft sich dabei auf § 42 des Brandenburgischen

Katastrophenschutzgesetzes. Weiter im Text: „Im Rahmen der notwendigen zu treffenden Entscheidungen wurde durch den Verwaltungsstab festgelegt, dass notwendige Baumfällungen durchzuführen sind. Maßstäbe für die Baumfällungen sollten der jeweilige Zustand des Deiches (Sickerstellen), aber auch die Gewährleistung der Zugänglichkeit der Deiche für Rettungskräfte sein. Ihre Forderung nach detaillierter Aufschlüsselung aller gefälltten Bäume nach Anzahl, Alter, Art und Vitalitätszustand ist für meine Verwaltung bei 179 km Deichen nicht erfüllbar.“ Er bittet um Verständnis, „dass es jetzt neun Monate später nicht mehr möglich ist, jeden Gefahrentatbestand zu erläutern. Es ist jedoch notwendig, den Eingriff in die Natur und Landschaft zu kompensieren. Die Durchführung der erforderlichen Kohärenzmaßnahmen obliegt dem zuständigen LUGV“ - also

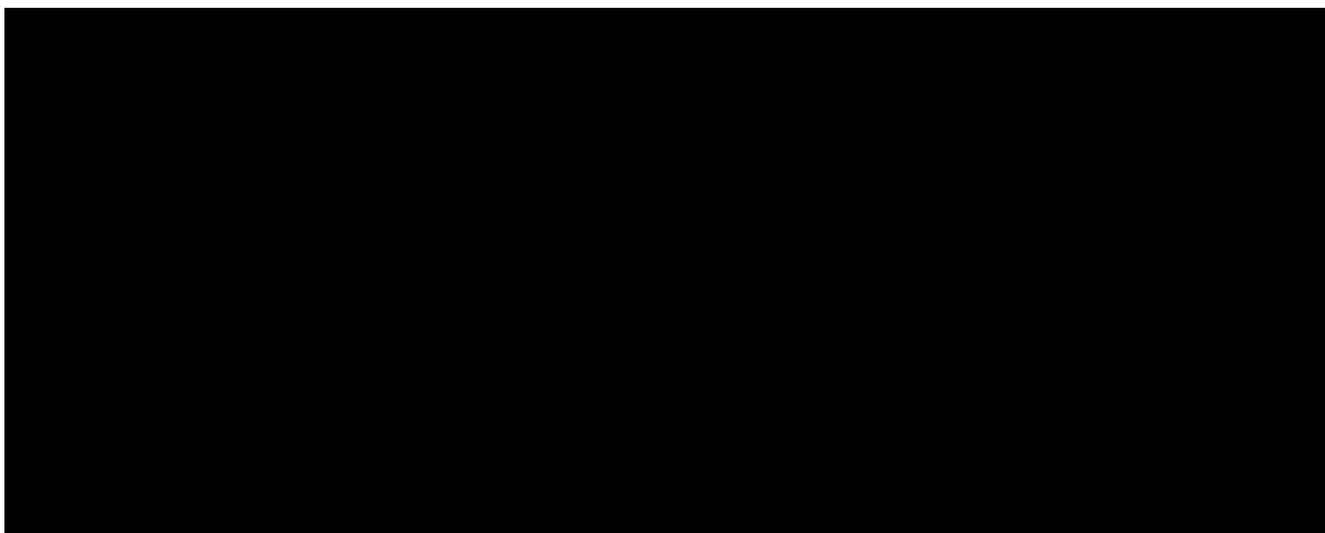
dem Landesumweltamt. Herr Jaschinski teilt uns abschließend mit, dass die untere Naturschutzbehörde für weitere Fragen zur Verfügung steht. Ich meine, eine andere, ausführliche und konkrete Antwort war nicht zu erwarten. Jetzt fehlt nur noch die Antwort auf unsere Anzeige vom 03.04. 2011 durch das Landesumweltamt. Doch diese wird ähnlich unkonkret ausfallen! Wir müssen uns überlegen, wie wir reagieren sollten. Welche Handlungsspielräume und -möglichkeiten haben wir noch? Ist etwa jetzt der Punkt erreicht, wo wir Ruhe geben sollten? Es wird in nächster Zeit ein Treffen des Sprecherrates (das letzte?) in Bad Liebenwerda geben. Dabei wird entschieden, wie es weitergehen soll mit unserer BI. Vielen Dank für Eure Sympathie und Unterstützung!

(Foto Dieter Lehmann)

Dieter Lehmann



# Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie – Wann, wenn nicht jetzt ?



Im Nachlass meines Mannes, Rolf Kersten, fand ich eine handschriftliche Notiz vom Mai 1986: KKW Stendal stoppen! Mein Mann war u. a. verantwortlich für den Kraftwerksanlagenbau in der DDR. Er selbst hatte keine Gelegenheit mehr, diese Meinung auf der Tagung der INTERATOMENERGO im Juni 1986 in Berlin zu vertreten.

Inzwischen sind 25 Jahre vergangen. Das Unglück in Japan macht die einzig richtige Schlußfolgerung aus der Katastrophe von Tschernobyl wieder hochaktuell. Wertvolle Zeit für einen Wechsel in der Energiepolitik ist inzwischen vertan. Stattdessen wurden mit der Aussage, die deutschen KKW sind sicher, die sowjetischen/russischen – im Land des ersten Sputniks, führend in der Weltraumforschung und anderer wissenschaftlich-technischer Höchstleistungen – diffamiert. Der Meinungswechsel der heutigen Bundesregierung läßt eher Zweifel an der Behauptung der Sicherheit aufkommen. Leichtfertig wurde die vorgesehene Stilllegung älterer KKW aufgehoben. Und nun soll doch erst noch einmal ihre Sicherheit überprüft werden.

Ich bin sicher, daß auch japanische Kernkraftwerke nach den besten Sicherheitsstandards gebaut wurden. Trotzdem hat sich wieder bewiesen: Die Natur ist unberechenbar und ihre Wirkungen sind

objektiv. Wer im Neuen Deutschland vom 19./20. März gelesen und das Bild von einem Kleinkind, das mit Geigerzähler auf Verstrahltheit geprüft wird, mit Herz und Verstand erfasst hat, kann nur eine Schlußfolgerung ziehen.

Wir müssen uns aber auch im Klaren sein „Atomkraft – nein, danke“, ist schnell gesagt. Es fordert Konsequenzen von uns allen, vor allem, wenn wir in der Braunkohle-Verstromung keine Lösung sehen und wissen, daß die Ölreserven endlich sind, der „peak oil“ zeitlich determiniert ist somit auch sicherheitspolitischen Sprengstoff darstellt. Auch der Kinderglaube an die heilsame Wirkung der CCS-Technologie wird infrage gestellt. Sind wir uns darüber klar, welche Mengen von CO<sub>2</sub> auf ewig in die Erde verpresst werden müssen? CO<sub>2</sub> ist aber ein Gas, das mit Wasser zur Säure reagiert und damit Gestein löst. Das Atmen aller aerob lebenden Lebewesen hängt von der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Außenluft und Atemluft ab. Außerdem ist es farb- und geruchlos und schwerer als Luft. Unbemerkt ausgetreten reichert es sich in bodennahen Luftschichten an. Die Folgen kann sich jeder selber denken.

Haben wir uns nicht schon lange an einen Luxuskonsum von Energie gewöhnt? Ein Museumsbesuch wird erst interessant, wenn er in der Nacht

stattfindet. Mit Unmengen von Lichtenergie wird eine Metropole zum Kunstwerk installiert. Die schöne Tradition, die längeren Tage am Jahresende mit Kerzenlicht herbeizusehnen, verkommt zu einem Lichtinstallationswettbewerb zwischen den Hauseigentümern. In den Städten wirkt durch Leuchtreklamen eine Lichtverschmutzung, die den Nachtschlaf stört und auf andere Lebewesen, die mit uns den Lebensraum Stadt teilen, tödlich wirkt. Und es gibt noch viel mehr Beispiele dafür.

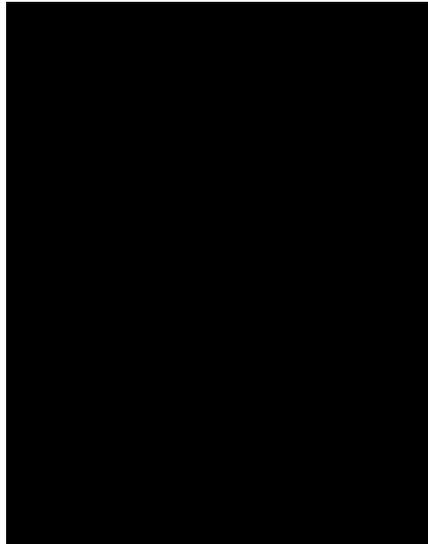
Unterstützen wir durch sinnvolles Energiesparen, durch Anwenden erneuerbarer Energien und Anbieterwechsel den Energiewandel – jeder Einzelne. Die Anbieter Naturstrom, Greenpeace energy, Lichtblick und E-Werke Schönau bieten garantiert keinen Atomstrom (näheres im Internet). Dulden wir Windräder in 1000m Abstand vom Siedlungsgebiet. Erneuerbare Energien werden regional gewonnen. Sie sparen also auch Leitungen und Leitungsverluste. Es gibt schon einige Orte wie Feldheim bei Treuenbrietzen, die 100% erneuerbare Energien nutzen. Ich habe fünf Enkel. Um ihrer Zukunft willen ist ein Ausstieg aus der Atomenergie und der Weg zu erneuerbaren Energien unumgänglich.

**Annemarie Kersten**

## Green please - Zum Tod von Karsten Maspfuhl

Erst aus der Presse haben wir erfahren, dass Karsten Maspfuhl bereits vor einigen Wochen verstorben ist. Wir wollen an dieser Stelle kurz aus Sicht der Cottbuser Umweltaktiven an ihn erinnern.

Als Mitarbeiter des Grünflächenamtes der Stadt Cottbus nahm Karsten Maspfuhl weit über das dienstlich Nötige hinaus Anteil an der Entwicklung von Landschaften der Stadt und ihres Umlandes. Besonders erfüllte ihn die drohende Abbaggerung der Lacomauer Teiche mit Sorge und ließ ihn immer wieder mahnend das Wort erheben. Nach einer Entscheidung des Braunkohlenausschusses zur Abbaggerung von Lacomau rief Karsten Maspfuhl schon Anfang des Jahres 1992 mit einer Denkschrift dazu auf, noch einmal nachzudenken und den Beschluss zu revidieren. Später war er an der Erstellung des 1996 erschienenen Landschaftsplanes der Stadt beteiligt. Dort wurde noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht,



**Im Jahr 2001 las Karsten Maspfuhl Auszüge seiner Geschichten anlässlich des Lacomau-Festes.**

Foto: Nobert Wilke

dass die Lacomauer Teiche in ihrer Bedeutung für die Stadt dem Branitzer Park gleichstehen. Als Rentner nahm Karsten Maspfuhl weiter regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitskreises Cottbus-Nord des Braunkohlenausschusses teil, um sich nun als Privatperson einzumischen. Doch den Bergbaubetrieb und seine Erfüllungsgehilfen beeindruckte solches Engagement nur wenig. Die Erlebnisse mit der Entscheidungsfindung und der Arroganz der Mächtigen verarbeitete Karsten Maspfuhl in Gedichten und Sinsprüchen unter dem Pseudonym „Green Please“. Einige davon erschienen im Heft „Das Lakomaer Teichgebiet – Ende für ein Paradies“. Nach der von ihm so lange verteidigten Landschaft ist nun auch Karsten Maspfuhl von uns gegangen. Wir werden ihn nicht vergessen.

Umweltgruppe Cottbus

## Freiwillige gesucht – GRÜNE LIGA bietet FÖJ-Stelle in Potsdam

Die GRÜNE LIGA Brandenburg sucht ab September 2011 eine/einen Freiwillige/n für die Besetzung einer noch offenen FÖJ-Stelle (Freiwilliges Ökologisches Jahr) in unserer Landesgeschäftsstelle.

Wer Interesse an der Mitarbeit in unserem Team hat und mindestens 18 Jahre alt ist, kann sich bei der unten angegebenen Adresse bewerben oder sich weiter informieren.

Wir bieten ein interessantes Tätigkeitsfeld im Bereich Medien, Kampagnen, Projektarbeit und Kommunikation. Ein Jahr lang besteht die Möglichkeit Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erwerben, interessante Menschen kennen zu lernen und Freunde zu gewinnen.

Wichtig sind Teamfähigkeit ebenso

wie Selbständigkeit und Eigeninitiative. Kenntnisse im Bereich der Computertechnik sind erwünscht.

„Das Jahr bei der GRÜNEN LIGA hat mir sehr bei der Vorbereitung auf mein Studium geholfen. Egal ob bei der Gestaltung und Herausgabe der Mitglie derzeitung Liga Libell oder bei der Erstellung einer Kleingewässerdatenbank, die als Grundlage zur Sanierung von Feuchtbio topen dient, ich war von Beginn an in wichtige Arbeitsabläufe eingebunden. Ungemein wichtig sind auch die vielen Kontakte im Bereich der Umwelta rbeit des Landes, die in diesem Jahr entstanden sind,“ so Friedrich Szameitat, dessen Freiwilliges Ökologisches Jahr nunmehr zu Ende geht.

Bewerbungen bitte an:

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.  
Haus der Natur  
Lindenstraße 34  
14467 Potsdam  
Tel. 0331-2015520  
Fax: 0331-2015522  
Email: potsdam@grueneliga.de

Weitere Informationen zum FÖJ findet ihr unter: [www.ijgd.de/OEkologisches-Jahr-FOEJ](http://www.ijgd.de/OEkologisches-Jahr-FOEJ)

Nobert Wilke

# Engagiert Euch! Widerstand bedeutet Engagement

Der Widerstandskämpfer und Erfolgsautor Stéphane Hessel meldet sich erneut zu Wort: Nach „Empört Euch!“ folgt sein Aufruf zum aktiven Einsatz für eine bessere Welt. Stéphane Hessels Streitschrift „Empört Euch!“ hält die Welt in Atem. Die Verletzung der Menschenrechte und die Zerstörung der Umwelt gehen uns alle an. Wie aber kann sich jeder Einzelne ganz konkret für eine bessere Gesellschaft stark machen? Im Gespräch mit dem jungen Journalisten Gilles Vanderpooten vertieft der ehemalige Diplomat seine Vorstellung von einem engagierten Leben. Eine komplexer gewordene Welt, so Hessel, erfordert komplexe Strategien. Widerstand darf aber nicht nur im Kopf passieren. Wir müssen handeln, und zwar mit den Mitteln der Demokratie. Dazu gehören die Beteiligung an Protesten, internationale Zusammenarbeit sowie persönliches Engagement im Kleinen. Aber vor allem brauchen wir eines: den Glauben daran, dass unser bürgerliches Engagement die Welt verändern kann.



Stéphane Hessel  
*Engagiert Euch!*  
Im Gespräch mit Gilles Vanderpooten  
Aus dem Französischen von Michael Kogon  
ca. 96 Seiten, Paperback  
EUR 4,99 [D], EUR 5,20 [A], sFr 8,00  
ISBN-13: 9783550088858  
Erscheint: 15.07.11



Stéphane Hessel, geb. am 20 Oktober 1917 in Berlin, ist ein französischer ehemaliger Résistance-Kämpfer, Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald, Diplomat und Lyriker. Er ist Sohn des Schriftstellers Franz Hessel.

## Der Teichmolch

Der Teichmolch zählt zu den am weitesten verbreiteten und bekanntesten einheimischen Lurchen. Dadurch mag er manchen als „Allerweltslurch“ erscheinen, doch steht gerade der Teichmolch wie kaum eine andere Amphibienart für einen flächendeckenden Arten- und Biotopschutz vor unserer Haustür. Jeder Gartenteichbesitzer kann etwas für den Teichmolch tun und dabei Einblicke in das hochinteressante Paarungsverhalten der Miniaturdrachen gewinnen.

Wolf-Rüdiger Große vermittelt in seiner aktuellen Monografie das notwendige Know-how zur molchgerechten Teichgestaltung und zur Haltung im Vivarium. Denn aufgrund des recht unkomplizierten Handlings werden die Tiere auch in der naturwissenschaftlichen Ausbildung in der Lehre der Schule und in der

Forschung eingesetzt. Ein umfangreicher und bedeutender Abschnitt widmet sich der Naturschutzpraxis und einer ausführlichen Methodendarstellung.

Neben den praxisorientierten Kapiteln bietet Große einen aktuellen und umfassenden Überblick über die Biologie, Ökologie und Verbreitung des Teichmolchs, inklusive der Herpetofaunen der deutschen Bundesländer und der Nachbarländer Deutschlands.

Ein Muss für alle Naturfreunde und Naturschützer!

Bestellen Sie den Band „Der Teichmolch“ jetzt und Sie erhalten ihn sofort nach Erscheinen:

[http://www.neuebrehm.de/texts/webs\\_n.php?titlnr=3-89432-476-7&wseite=1](http://www.neuebrehm.de/texts/webs_n.php?titlnr=3-89432-476-7&wseite=1)



# Eine Dorfkonferenz – und was daran soll grün sein?

Viele Dorfbewegungen aus Nord- und Mitteleuropa trafen sich im Mai 2011 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, um darüber zu debattieren, wie man die politische Integration der kleinen Dörfer bewerkstelligen und diesen zu mehr Autonomie und Mitbestimmungsrecht verhelphen kann. Begonnen hat es in Finnland, dort demonstrierte die Dorfkaktionsvereinigung schon 2003 eine millionenfache Wertschöpfung, eben nicht nur gemessen in Euro sondern auch in menschlicher Leistung. Die Dorfbewegung ist dort mehr als nur Interessenvertretung sondern ein Teil der politischen Landschaft.

Zuerst einmal ist der Begriff des Dorfes zu klären: Der Begriff Dorf bezeichnet eine lokale Gemeinschaft, auch eine Streusiedlung unterhalb der politischen Gemeindeebene. Die Dorfbewegungen konzentrieren sich also auf die lokale Ebene unabhängig von der politischen Organisation. Je weiter also der Abstand vom Dorf zur Gemeinde ist, desto schwerer ist die Beziehung von beiden Seiten her zu organisieren. Auffällig gerade

in Finnland ist, dass die Gemeinden dort sehr klein und weit verstreut sind. Hier in Brandenburg mit ideologisch vorgegebenen Bewohner-Untergrenzen und einer zunehmend dünnen Besiedlung wird dies zu einem unauflösbaren Konflikt führen. Je weiter sich das Dorf von der Gemeinde entfernt, je weiter und beschwerlicher es hin zum Rathaus, zur Kirche, zur Gastwirtschaft usw. ist, desto weniger wird es möglich sein, dörfliche Interessen durchzusetzen. Beim Volksbegehren gegen den weiteren Braunkohleabbau wurde dies schon sehr deutlich. Es gab nur Straßensammlungen, wer geht dann schon für diese eine Unterschrift ins weit entfernte Rathaus, in Potsdam vielleicht, aber in den kleinen Gemeinden kaum. Was heißt schon gehen, häufig genug wird das nur mit dem Bus möglich sein. Und dann gibt es Dörfer in Brandenburg, die überhaupt nicht an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind. Und so wird es vieles geben, das unmittelbar jeden im Dorf betrifft, was aber kaum Gewicht erhält, weil es sich so schwer artikuliert.

In Brandenburg will nun das Netzwerk für Lebendige Dörfer Sprachrohr und Kraft der dörflichen Gemeinschaften werden. Denn Dörfer werden meist vernachlässigt und verunstaltet, wenn neue Baugebiete mit Einfamilienhäusern, Billigdiscontern und den entsprechenden Verkehrsflächen ausgewiesen werden. Mal ganz abgesehen von den Kosten der Infrastruktur, die dann alle zahlen sollen. Die große Chancen der Umnutzung leerstehender Gebäude und der Respekt vor dem Baubestand sollte aber als große Chance einer intelligenten Dorfplanung gesehen werden.

Noch etwas: Dorfbewegungen gibt es noch kaum im Süden, am Mittelmeer nur wenige „ecovillagios“ in Norditalien. Dabei schreit doch der leere Raum neben den Touristenorten nach Nutzung und Leben. Aber Segen und Fluch des modernen Massentourismus ist eine andere Geschichte.

Hans-Otto Träger

## VISIONEN HABEN...

## NETZWERKE KNÜPFEN...

## HANDELN ANREGEN...

1990 gründeten Umweltbewegte ein Netzwerk, das seine Wurzeln in den kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, Stadtökologiegruppen sowie vielen örtlichen Natur- und Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein: Grenzen der Ressourcen akzeptieren, regional und transparent entscheiden, Strukturen von unten entwickeln, die Erde allen geben, Vielfalt bewahren, Werte neu bestimmen, Geschichte begreifen, neu denken, konsequent tiefgreifende Veränderungen fordern, Dialoge ermöglichen, Öffentlichkeit informieren, Konflikte ohne Gewalt lösen.

Die GRÜNE LIGA vereint Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam auf vielfältige Art und Weise für Natur- und Umweltschutz einsetzen. Innerhalb dieses Netzwerks wahren diese Gruppen ihre Eigenständigkeit und Identität. Ziel des Netzwerks ist die regionale sowie fachliche Koordination und Unterstützung von Akteuren und Aktivitäten. Die Facharbeit ist in Arbeitskreisen vernetzt – strukturell haben sich in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin-Landesverbänden zusammengeschlossen.

Man kann Probleme nicht wegreden: sie müssen gelöst werden. Deshalb initiiert und unterstützt das Netzwerk GRÜNE LIGA seit seiner Gründung Projekte und Aktivitäten zum Natur- und Umweltschutz. Einige Beispiele dafür sind: Umwelterziehung mit Kindern und Jugendlichen, Umweltberatung, Natur- und Artenschutz, Projekte und Aktionen zur Abfall- und Verkehrsvermeidung, Landschaftspflege, Förderung von nachhaltiger Regionalentwicklung, Förderung des sanften Tourismus und zu lokalen Agenden. Die GRÜNE LIGA sucht in ihrer Arbeit das Zusammengehen mit gleichgesinnten Menschen, Initiativen und Vereinen.

### Impressum

#### Herausgeber und Verleger:

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,  
Haus der Natur  
Lindenstraße 34,  
14467 Potsdam  
Tel.: 0331 - 20155 20  
Fax: 0331 - 20155 22  
potsdam@grueneliga.de  
www.grueneliga-brandenburg.de

#### Redaktion:

Norbert Wilke, Christine Titel, Michael Ganschow, Friedrich Szameitat, Katrin Fahrenz (Libell-Logo)  
Erscheinungsweise: quartalsweise  
Preis: 1,00 Euro bei Mitgliedern im Beitrag enthalten  
Auflage: 1.000 Exemplare

#### Bankverbindungen: VR Lausitz-Bank

Geschäftskonto: 55 000  
Rechtsschutz: 100055000  
Spendenkonto: 200055000  
BLZ: 18062678

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.**